

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Regionale Bio-Landwirtschaft stärken statt zerstören Bürgerentscheid: Welche Zukunft für Rottenburg?

Sollen unsere Nahrungsmittel frisch, gentechnikfrei sein und vor Ort ohne große Transportwege hergestellt werden? Oder sollen sie mit unkontrollierbaren Methoden von Konzernen produziert werden und von weiterher kommen?

Rund 150 Tonnen Nahrungs- und Futtermittel für Rottenburg werden jährlich auf 26 Hektar Ackerflächen auf dem Galgenfeld produziert: Leinsamen, Einkorn, Linsen, Mais im Fruchtwechsel, 60 Prozent auf kontrolliert biologischem Anbau. Der Mais dient als Futtermittel auf dem Weiler Hof von Bauer Alfons Heberle. **Dies wird durch die Gewerbestrategie von CDU und SPD zerstört, anstatt die regionale Landwirtschaft – ein wichtiges Gewerbe für uns alle – zu fördern!**

Allein 2017 wurden weitere 21 Hektar verbraucht. Deutschland versorgt sich aktuell mit 85 Prozent Agrargütern selbst, 15 Prozent müssen importiert werden. „Jeder Zentner, jede Tonne Lebensmittel, die durch weitere Herausnahme aus der Landwirtschaft bei uns nicht produziert wird, muss zusätz-

lich importiert werden“, so Professor Stefan Ruge beim Galgenfeld-Spaziergang vor über hundert Beteiligten. Deshalb heißt unsere Alternative: **Am 21. Oktober muss der öffentliche Prozess einer wirklichen, gemeinsamen und öffentlichen Planung über**



Spaziergang auf dem Galgenfeld

die Entwicklung unserer Stadt beginnen.

Wirkliche Bedürfnisse der Betriebe

Auf der nicht-öffentlichen Klausurtagung des Gemeinderats zum Thema „Wohnen und Arbeiten“ spielte die Landwirtschaft keinerlei Rolle! Im Anschluss daran fand eine Pressekon-

ferenz statt. In ihr wurden die „Ergebnisse“ dieser Tagung vorgestellt. Später gab Bürgermeister Weigel diese Pressekonferenz als Gemeinderatsbeschluss aus – und scheiterte damit!

Dann sollte ein Gutachten die Wünsche des Bürgermeistertrios nach mehr Gewerbe bestätigen – erneutes Scheitern. Im Kino Waldhorn war für ein Dutzend Unternehmer aus Ergenzingen und Baisingen (Hinger Electronic, Ankox, Evolution Fitness, Rauschenberger Hartschaumtechnik) Gewerbefläche kein Thema, sondern das unkooperative Verhalten der Stadt beim Ausbau ihrer Betriebe und der fehlende Breitbandausbau. Die

Landesregierung überlässt den Ausbau dem „freien Markt“. Die Telekommunikationsunternehmen bauen nur dort aus, wo sie den meisten Gewinn erwarten – eine Katastrophe fürs flache Land! Im Waldhorn wurde auch deutlich:

Die Rathausspitze kennt weder die wirklichen Bedürfnisse der Unternehmen, noch hat sie sie je erfragt. 65 von

Lesen Sie weiter:

Baustopp für Altona 21 Seite 3

Hambacher Forst und wir Seite 7

Weniger Pendler durch mehr Gewerbe? Seite 9

Unterrichtsausfall: Verheerende Situation“ Seite 10

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

1.300 Betrieben sind halt nicht „die Hälfte“ der Betriebe, wie die Stadt behauptet, sondern nur fünf Prozent! Bürgermeister Bednarz kann seine Behauptung, dass sich Rottenburgs Steuereinnahmen „zu großem Teil“ in Ergenzingen, Hailfingen und Seeborn erwirtschaften, bis heute mit keinen Zahlen belegen.

Azubis und Fachkräfte

Keine Antworten hat die Stadt bis heute zum Fachkräftemangel und zur fehlenden Zahl von Auszubildenden. Dies beklagten die anwesenden Unternehmen. Dabei hat sich in den letzten 15 Jahren die GIBA in Wendelsheim längst zu einer überregionalen Ausbildungsstätte entwickelt, die gern in die Kernstadt (z.B. auf das DHL-Gelände mit direktem Bahnanschluss für die Azubis!) käme, kernstadtnah und in direkter Nähe zu Siebenlinden. An der GIBA, den hervorragenden weiterfüh-

renden Schulen (Kreuzerfeld, Hohenberg, Berufliche Schule, vier Gymnasien, Gemeinschaftsschule Ergenzingen) zeigt sich, dass sich unsere Stadt längst zu einem Bildungs- und Dienstleistungszentrum entwickelt hat. **Aber anstatt diese Entwicklung weiter zu fördern, soll wertvolles Ackerland in die nächste Gewerbebrache (wie bei den 8,4 Hektar DHL) verwandelt werden.**

Demokratische Planung

Unabhängig vom Ausgang des Bürgerentscheids am 21. Oktober hat das Aktionsbündnis Galgenfeld Großes geleistet: Es ist ihm gelungen, eine zukunftsweisende Diskussion über die Entwicklung unserer Stadt in sämtliche Teilorte zu tragen. Sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung den Interessen einer kleinen Minderheit der Wirtschaft geopfert werden oder entscheiden wir in einer offenen Diskussion selbstbestimmt

über unsere Bedürfnisse und unsere Zukunft? Damit diese Diskussion beginnen kann:

STIMMEN SIE MIT



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Pressemitteilung zu: Ähneshalde Die Linke im Gemeinderat Rottenburg (14.10.2018)

Zum wiederholten Mal hat Oberbürgermeister Neher behauptet, dass der Gemeinderat beschlossen hätte, dass bei einem Scheitern des Gewerbegebietes Galgenfeld/ Herdweg automatisch die Ähneshalde als Gewerbebestandort erschlossen würde.

Die Vertreter der Linken im Gemeinderat widersprechen vehement dieser Behauptung. Weder in der Beschlussvorlage des Gemeinderates vom 20. März 2018 noch in der Bericht-

erstattung der Stadt in den Rottenburger Mitteilungen (RoMi) taucht das Wort Ähneshalde, geschweige denn ein „Plan B“ auf.

Die nicht belegte Behauptung des Oberbürgermeisters in die Bebauung der Ähneshalde soll offensichtlich in der Bevölkerung Verunsicherung stiften und Ängste schüren, indem die Stadtteile gegeneinander aufgebracht werden. Am 21. Oktober wird einzig über die klare Fragestellung entschie-

den, ob das landwirtschaftliche Gebiet Galgenfeld/ Herdweg in ein Gewerbegebiet umgewandelt wird oder nicht.

Die Vertreter der Linken im Rottenburger Gemeinderat behalten sich vor, die ungedeckten Behauptungen des Oberbürgermeisters gegebenenfalls juristisch prüfen zu lassen.

Dr. Christian Hörburger
Dr. Emanuel Peter

Anschreiben zur obigen Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren in der Redaktion!

Die Gemeinderatsmitglieder der Linken nehmen Stellung zu den Behauptungen der Stadt, die im Artikel "Ähneshalde als Plan B" in der Rottenburger Post veröffentlicht wurden. Wir bitten Sie um eine entsprechende Darstellung im Rottenburger Teil.

Wir sind gern bereit, unsere Stellungnahme mit Fakten zu belegen. Dies scheint uns notwendig, weil die Verwaltung durch geschickte Auslassungen in Form von (...) aus dem Gemeinderatsbeschluss vom 20. März den falschen Eindruck erweckt, dass dieser Beschluss in seinem Punkt 7 nicht nur eine Zusammenfassung der sechs vorher aufgeführten Punkte beinhaltet, sondern darüber hinaus alle drei - in sich widersprüchlichen und voneinan-

der abweichenden - Fassungen der Imakomm-Studie. Dies ist zum Glück nicht der Fall und wäre in der Tat ein schon aus formalen Gründen unhaltbarer Beschluss eines Gemeinderats!

Ich stehe Ihnen gern für ein Gespräch mit entsprechenden Unterlagen zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen - Dr. Emanuel Peter (07472-42096)

Baustopp für Altona 21

Wann folgt Stuttgart 21?

Hamburg-Altona ist uns allen als Tor zum Norden und als Endpunkt vieler Fernzüge bekannt. Auch dort steht ein Kopfbahnhof, der erst vor wenigen Jahren modernisiert wurde. Jetzt soll er abgerissen und durch einen Durchgangsbahnhof in einem völlig neuen Stadtteil ersetzt werden, der Neuen Mitte Altona. Wegen vieler Parallelen spricht man hier auch von einem zweiten Stuttgart 21. Doch das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat jetzt einen Baustopp verhängt.

Auch dieses Infrastrukturprojekt ist mit Grundstücks- und Immobilienspekulation verbunden. Hier soll der Fernbahnhof in Altona (Kopfbahnhof) stillgelegt und zwei Kilometer nördlich davon in der Nähe des S-Bahnhofs Diebsteich ein neuer Fernbahnhof (Durchgangsbahnhof) gebaut werden. Mit diesem Vorhaben wird, neben dem bereits stillgelegten Güterbahnhof, eine riesige Fläche für die „Neue Mitte Altona“ frei, die überbaut werden soll. Investoren wittern hier eine neue „Goldgrube“.

Es lässt tief blicken, wer sich bisher bereits einen Teil der Grundstücke des Areals gesichert hat. Dazu gehört neben dem Einkaufszentrum ECE, einer Tochterfirma des Otto-Konzerns – bekannt auch als Investor bei Stuttgart 21 – die Firma Aurelis, ein ehemaliges Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, das jetzt zur Hälfte Hochtief gehört. Hochtief ist der „Erbauer“ der skandalträchtigen Elbphilharmonie, welche eine „Lizenz zum Gelddrucken“ für dieses Unternehmen darstellte.

Bekanntermaßen haben im Aufsichtsrat von ECE auch Stefan Mappus (ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg) sowie Tanja Gönner (dessen ehemalige Verkehrsministerin) ihre Finger mit im Spiel! Denn ECE ist auch in Stuttgart aktiv, wo dieser Riese nicht nur auf den frei werdenden Gleisflächen von Stuttgart 21 Konsumtempel errichten soll, sondern auch bereits eine Shopping-Mall in dem abgerissenen Gerberviertel errichtet hat.

Erstaunlich die Parallelen zu S21: Der frühere Bahnchef Rüdiger Grube hatte das Projekt zur Chefsache ge-

macht und wollte bei einer Verlegung des Altonaer Bahnhofs eine Kostenexplosion wie bei Stuttgart 21 verhindern. „Wenn man das alles gewusst hätte, was heute ist, dann hätte ich so ein Projekt nicht gestartet“, so Grube seinerzeit mit Blick auf die milliar-



denschweren Mehrkosten in Stuttgart. Damit die mögliche Verlegung des Altonaer Fernbahnhofs zum S-Bahnhof Diebsteich nicht in einem ähnlichen Desaster endet, wollte Grube vorher alle Fakten auf dem Tisch haben.

Die Kritik an dem Altonaer Bahnprojekt zog zwar nicht so weite Kreise wie in Stuttgart, aber auch hier schafft der Bahnhofsneubau Platz für die Stadtentwicklung. In beiden Fällen gibt es zudem Debatten darüber, ob der künftige Durchgangsbahnhof zeitgemäß und aus Sicht der Kunden die bessere Lösung ist.

Für den Erhalt des Altonaer Kopfbahnhofs setzt sich die Bürgerinitiative „Prellbock“ ein. Der Kopfbahnhof bietet ein komplettes Mobilitätsangebot, das am Diebsteich fehlen wird, außerdem ist er ein „Bahnhof vor der Haustür“ für rund 70.000 Einwohner, der einzige wirklich barrierefreie Fernbahnhof in Hamburg sowie Hamburgs größter Busbahnhof. Bei Erhalt des Kopfbahnhofs können dennoch 80% der Wohnungen von Neue Mitte II realisiert werden und weiterhin Autoreisezüge abgewickelt werden. Für einen Ersatz gibt es im Falle der Schließung keine Pläne.

Diebsteich bedeutet für die meisten Bahnpendler einen zusätzlichen Umstieg, bestenfalls eine längere Fahrzeit. Diebsteich erhält nur sechs Ferngleise und zwei S-Bahn-Gleise. Der Hamburger Hauptbahnhof ist schon jetzt gefährlich überlastet, was zunehmen wird, wenn nur wenige den Bahnhof

Diebsteich mangels Erreichbarkeit nutzen werden.

Die Freie und Hansestadt Hamburg trommelt schon seit Jahren für das rund 360 Millionen Euro teure Projekt. Kritiker warnen dagegen vor einem neuen Stuttgart 21. „Dieser Bahnhof ist sinnlos, ineffizient und eine riesige Verschwendung von Steuergeldern“, sagt Michael Jung, Sprecher der Bürgerinitiative Prellbock.

Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat nun die geplante Verlegung des Fernbahnhofs Altona nach Diebsteich vorerst gestoppt. Die Richter gaben einem Eilantrag des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) statt, der Planungsmängel geltend gemacht hatte. Nach Angaben des VCD habe das Eisenbahnbundesamt in Bonn dem Projekt die Genehmigung erteilt, obwohl die Planungsunterlagen fachlich nicht ausreichend waren. So sei zum Beispiel der Fortbestand des aktuellen Fernbahnhofs nicht geprüft worden. Auch sei das Problem, wann und wo eine neue Verladeeinrichtung für Autoreisezüge gebaut werde, ungelöst. Die OVG-Entscheidung ist noch keine endgültige Entscheidung, wirft die Planung für den Bahnhof aber weit zurück. Die Deutsche Bahn rechnet mit massiven Verzögerungen von mindestens zwei Jahren.

Diese Gerichtsentscheidung sollte uns Mut und Hoffnung machen, dass auch Stuttgart 21 bald gestoppt wird, denn die Schlinge zieht sich auch für S21 immer mehr zu. Deshalb stehen wir nach wie vor hinter dem Alternativprojekt „Umstieg 21“ und wollen somit auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

„Abrüsten statt aufrüsten – das ist das Gebot der Stunde“

DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann zum Antikriegstag

Aufruf der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“

Und es stimmt: Schulen sind marode und Kitas fehlen überall, der soziale Wohnungsbau muss dringend ausgebaut werden, Krankenhäuser werden benötigt, dem öffentlichen Nahverkehr fehlen Gelder, die kommunale Infrastruktur verkommt, die Alterssicherung und die Pflege sind unterfinanziert, Geflüchtete benötigen Unterstützung, der ökologische Umbau stagniert, Finanzen für Klimagerechtigkeit sind nicht vorhanden und internationale Hilfe zur Selbsthilfe wird verweigert.

Aber: Geld für die Rüstung ist fast unbegrenzt vorhanden. Der Rüstungsetat 2019 soll um 11,4% steigen auf 42,4 Milliarden Euro, 60 Milliarden für Rüstung ist das nächste Ziel der Verteidigungsministerin, um dann den Etat – wie die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ errechnete – bis zum Jahr 2024 weiter auf 85 Milliarden zu steigern.

100.000 Unterschriften unter den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ sind erst der Anfang. Wir wollen mehr Unterschriften, wir wollen eine breite und vielfältige Bewegung für Abrüstung.

Uns alarmiert die Militarisierung der Außenpolitik und des öffentlichen Lebens wie auch die Geschäfte mit todbringenden Waffen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden. Die Waffenarsenale werden weiter angefüllt. Das gemeinsame Haus Europa ist in weite Ferne gerückt, wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik mit Russland.



Wir sagen nein.

Wir wollen den Protest auf die Straßen und Plätze der Republik tragen.

Deshalb ruft die Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ für den 1.-4.11.2018 – aus Anlass der 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes – zu bundesweiten Aktionen, besonders zu dezentralen Demonstrationen auf.

Macht mit, werdet selbst aktiv für Frieden und Abrüstung. Nur wenn wir uns einmischen, alle sich engagieren, die von fehlenden sozialen Geldern betroffen sind und gemeinsam protestieren, dann werden wir die Umverteilung der Finanzen und eine friedlichere Politik erreichen.

**Wer die Zukunft gewinnen will,
muss in die Zukunft und nicht in den Krieg investieren.**

Abrüsten ist das Gebot der Stunde.



Aktionsbündnis Rottenburg/Kiebingen

„Kein Gewerbegebiet Galgenfeld/Herdweg“

Frische Luft JA – für uns alle
Intakte Natur JA – auch für unsere Kinder und Enkel
Gewerbe fördern JA – aber richtig
Gewerbeentwicklung JA – aber maßvoll und nachhaltig

www.galgenfeld.info **Deshalb beim Bürgerentscheid am 21. Oktober 2018** JA

Arroganz der Macht

Rathausrunde von Dr. Christian Hörburger, Obernau

Der Schlagabtausch zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und blindem Wachstumswahn mit höchst beschränkter Haftung für die Zukunft unserer Stadt spitzt sich zu.

Ein dünnhäutiges Dreigestirn im Rathaus hat alles getan, um die Unterstützer des Aktionsbündnisses, die sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur einsetzen, verächtlich zu machen. Sie werden im Gemeinderat von höchster Stelle kriminalisiert, weil böse Aktivisten angeblich einen (!) Strohhalm am Galgenfeld ohne Rückfrage mit der Verwaltungsspitze versetzt haben. Ungeheuerlich!

Ganz helle Köpfe haben darüber gerechdet, ob die erträumte kernstadtnahe Versiegelung von rund 27 ha für Kiebingen oder Rottenburger ein höherer

oder minderer Verlust ist. Ja, geht's noch! Als sei die Zerstörung von 20 ha Bio-Landwirtschaft ein Problem fürs Grundbuch.

Albert Bodenmiller hat jüngst auf Lug und Trug einer „angebotsorientierten Gewerbestrategie“ verwiesen.



Wohnortnahe Arbeitsplätze und höhere Steuereinnahmen durch mehr Gewerbefläche für eine kleine Minderheit von Betrieben sind hohle Versprechen, die jahrelang beim DHL-Fiasko den Neckar runter geschwommen sind.

Das 40.000 €-„Gutachten“ der Imakom-Akademie, eine allzu durchsichtige Auftragsarbeit, hat gezeigt, was von ganz, ganz oben gewünscht war. Kein einziges Argument des Aktionsbündnisses konnten die Bürgermeister wi-

derlegen, stattdessen konterten sie hilflos mit Beleidigungen wie „seelenlose Schlafstadt, schlechte Kinderstube, Schwachsinn“.

Wer für den Erhalt von Natur eintritt, wird von der Stadtbürokratie als weltfremder Spinner verhöhnt, wie zuletzt Professor Niko Paech durch den Oberbürgermeister.

Die Fabel von weniger Auspendlern durch Gewerbeansiedlung wird weiter verbreitet, während der SPD-Bürgermeister Tag für Tag von Mössingen nach Rottenburg hechtet. Erstaunlich, dass sich Rottenburg mit Hilfe von SPD und CDU als Fairtrade-Stadt schmückt und dabei jede Verantwortung beim Thema Galgenfeld mit Füßen tritt.

Damit es kein blindes Weiter-so gibt, stimmen Sie am 21. Oktober mit JA – Wir schaffen das!

Real Weilheim: Lohnsenkung durch Tarifflicht Ver.di schlägt Alarm

Einen dringenden Aufruf zur Solidarität mit den Beschäftigten in den Real-Filialen veröffentlichte Ver.di Neckar-Alb. In den 265 Real-Filialen, einer Metro-Tochter, sind bundesweit mit etwa 34.000 Beschäftigten tätig.

Obwohl die Beschäftigten kürzlich für einen „Zukunftstarifvertrag“ auf Tarifierhöhungen, Teile ihres Urlaubs- und Weihnachtsgeldes verzichtet haben, kündigte der Metro-Vorsitzende Olaf Koch diesen Vertrag überraschend im März 2018 und verweigert seitdem jegliche Verhandlungen mit Ver.di darüber. Die Beschäftigten wurden in die real-GmbH überführt, der zum konzern-eigenen Arbeitgeberverband AHD gehört und dessen Tarife um 24 Prozent unter dem Flächentarifvertrag des Einzelhandels liegen.

Sämtliche neuen Verträge bei Real werden ab Juni 2018 damit um 24 Pro-

zent abgesenkt, so dass **eine Kassiererin monatlich bis zu 800 Euro weniger verdient**, kritisiert Ver.di und sieht politischen Handlungsbedarf bei der Leiharbeit: **„Heute unterliegen nur noch 30 Prozent aller Einzelhandelsbeschäftigten dem Schutz eines Tarifvertrages.** Die politischen Reformen der letzten Jahre, insbesondere die sachgrundlose Befristung und der ausufernde Einsatz von Leiharbeitnehmern und Werkvertragsunternehmern, haben es den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erschwert, gute Arbeitsbedingungen auch im Handel umzusetzen.“

Eine kürzliche Anfrage der Linksfraktion im Bundestag brachte ans Licht, dass **die Zahl der Leiharbeiter in den letzten 10 Jahren um 43 Prozent auf mehr als 1,03 Mio. Beschäftigte angestiegen ist**, allein um 39.000 gegenüber dem Vorjahr trotz Hochkonjunk-

tur. Ursprünglich wurde Leiharbeit eingeführt, um Betrieben bei schlechter Konjunktur Flexibilität zu ermöglichen.

Inzwischen wird sie massiv zur Lohnsenkung eingesetzt, Leiharbeiter in Vollzeit verdienen im Schnitt die Hälfte ihrer KollegInnen in Tarifverträgen – Altersarmut ist „dank“ SPD-Politik vorprogrammiert.

Nur 16 Prozent der Leiharbeiter werden länger als 15 Monate in einem Unternehmen beschäftigt.

Leiharbeit muss stark eingeschränkt werden.

Leiharbeiter müssen, wie in Frankreich, mindestens 10 Prozent mehr als der Normaltarif erhalten, damit dem Lohndumping der Firmen die Lust daran vergeht!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

real
Einmal hin. Alles drin.

Gewerbesteuern Rottenburgs

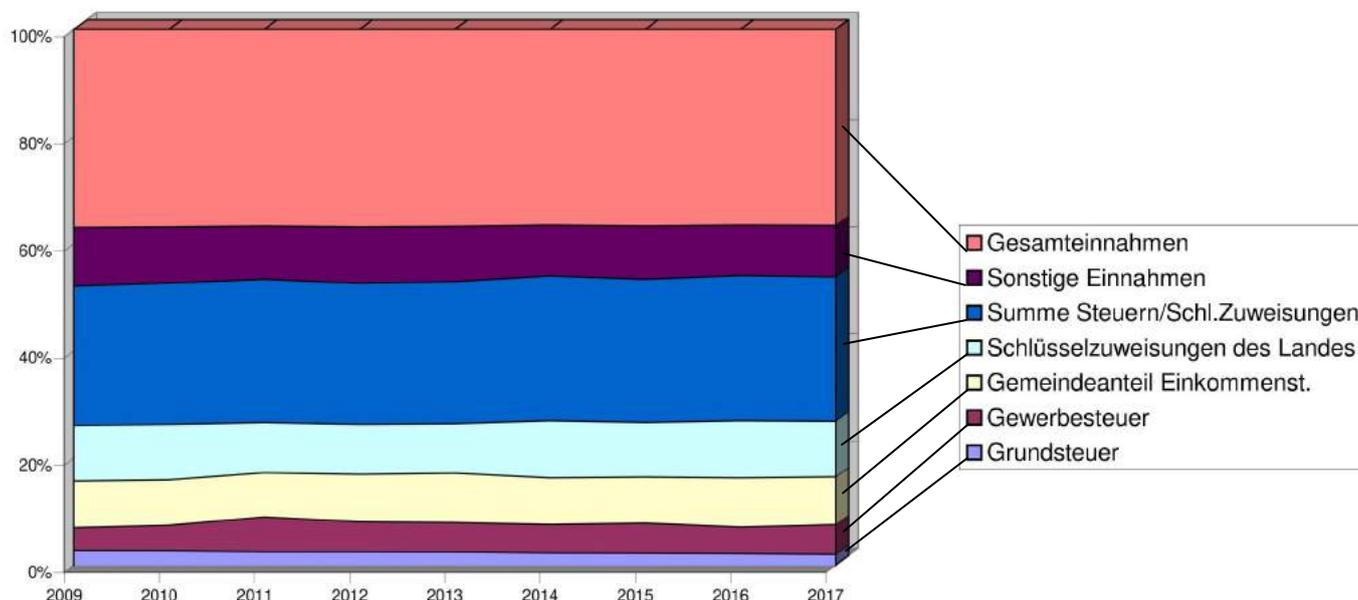
Mehr Gewerbebesteuer durch mehr Arbeitsplätze?

Im Stundentakt wiederholt die Ratshauspitze das Märchen, dass mehr Gewerbefläche mehr Steuern bedeutet. Ohne neue Arbeitsplätze drohe Rottenburg „im Laufe der Zeit zur leblosen Schlafstadthülle zu verkümmern“, so Finanzbürgermeister Bednarz.

Das ist genauso Unsinn wie seine Behauptung: „Unsere Steuereinnahmen erwirtschaften zu großem Teil Ergänzungen, Hailfingen und Seebromm.“
Tatsächlich finanziert sich unsere Stadt

aus drei großen Einnahmen, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, den Schlüsselzuweisungen des Landes und der Gewerbebesteuer. Natürlich sind alle drei Blöcke wie das nationale Bruttosozialprodukt in absoluten Zahlen jedes Jahr gestiegen. Aussagekräftig ist aber der prozentuale Anteil der drei Quellen im Laufe der Jahre – faktisch ist er unverändert! Das widerspricht der Behauptung der Stadt, dass mehr Arbeitsplätze automatisch mehr Steuern bedeuten. Denn angeblich sind ja in den letzten Jahren „1.000 Arbeits-

stellen“ in Ergänzungen entstanden (Reinhold Baur, CDU). Davon ist bei der Entwicklung der Gewerbebesteuer nichts zu merken! Die von uns erstellte Graphik beruht auf den Zahlen der städtischen Kämmerei. Die Gesamteinnahmen werden als 100 Prozent dargestellt, die Teileinnahmen als Prozentanteil. Zu den drei Einnahmehauptquellen kommen jährlich wechselnde Ausgleichszahlungen des Landes hinzu, die die 100 Prozent ergeben.



Jahr 2017	in Millionen Euro = in Prozent
Gesamteinnahmen Rottenburgs	101, 348 = 100 Prozent
Grundsteuer – unterster Balken	5, 683 = 5,60 Prozent
Gewerbesteuer – zweitunterster Balken	15, 421 = 15,21 Prozent
Einkommenssteuer Anteil	24, 648 = 24,32 Prozent
Schlüsselzuweisungen des Landes	28, 912 = 28,52 Prozent

Statt biologisch wertvolle Ackerflächen zu vernichten, könnte die Stadt zweierlei tun, um ihre Steuereinnahmen tatsächlich zu erhöhen: Die Kaufkraft der städtischen Angestellten durch Lohnerhöhungen steigern, z.B. durch leistungsgerechte Bezahlung der Erziehe-

rinnen, wie es DIE LINKE seit Jahren fordert. Aber die Stadt verschweigt auch die 3.850 geringfügig Beschäftigten mit ihren Hungerlöhnen. Zweitens könnte sie den kommunalen Hebesatz für die Gewerbebesteuer zumindest auf den Durchschnitt im Ländle anheben.

Bisher versucht sie vergeblich, durch einen niedrigen Hebesatz Betriebe aus anderen Kommunen abzuwerben – eine schädliche volkswirtschaftliche Konkurrenz!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Hambacher Forst und wir

Bei uns werden Naturflächen zu Gewerbegebieten

Am 5. Oktober verbot das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) vorläufig die Rodung des 200 Hektar großen Waldes, der im Eigentum des DAX-Konzerns RWE ist. Es liegen keine Tatsachen vor, „dass bei einem Rodungsstopp die Energieversorgung bundes- oder landesweit gefährdet sei“.

50.000 Menschen feierten diesen Rodungsstopp auf dem Waldgelände, ein vorläufiger Sieg gegen rücksichtslosen Raubbau an der Natur. 2017 förderte RWE mit 38 Mio. Tonnen Braunkohle so viel wie noch nie, obwohl es in West- und Norddeutschland erhebliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung gibt und die Vorräte von RWE noch mindestens bis 2021 ausreichen!

Die Räumungsaktion mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen erweist sich als reine Provokation und Machtdemonstration der CDU-FDP-Landesregierung, bevor die Kohlekommission der Bundesregierung im Dezember 2018 ihren Plan zur Kohleverstromung vorlegt. Dagegen protestierte der stellvertretende Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft mit den Worten: **„Im Ergebnis schützen wir nun den Braunkohleabbau von RWE statt unsere Bevölkerung.“**

Seit die Bundesregierung ihre Absicht für Makulatur erklärt hat, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent (verglichen mit 1990) zu senken, herrscht bundes- und landesweit ein Angriff auf unsere Lebensqualität und die natürlichen Ressourcen. Der Flächennutzungsplan unseres Regionalverbands Neckar-Alb sieht die Vernichtung von 270 Hektar Naturflächen in Gewerbegebiete vor. Davon will OB Neher zusammen mit CDU und SPD auf Kosten von Bio-Landwirtschaft 30-35 Hektar für Rottenburg durchsetzen. In Horb-Ahlfeld werden 18 Hektar Wald vernichtet, damit Norma ein Logistikzentrum errichten kann. In Tübingen protestiert die Handwerkerschaft gegen OB Palmer, weil im Gewerbegebiet Aischbach II die Mobilitätsfirma BFO ihnen die Flächen wegnimmt. Der Verband der Region Stuttgart (VRS) und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) fordern von der Re-

gion einen „strategischen Standort“ mit mindestens 20 Hektar für „Projekte des technologischen und ökonomischen Wandels“, sonst drohe die Region von zentralen Zukunftsentwicklungen abgehängt zu werden. Die WRS hat eine Anwaltskanzlei beauftragt, weil viele Kommunen sich dem Flächenfraß entgegenstellen und immer noch „das Sagen haben“. Deshalb müsse die Landesregierung dem WRS „mehr Kompetenzen“ geben – **eine Kampfansage gegen die Kommunen!**

Nicht nur in Hambach und in Rottenburg unterstützt **DIE LINKE** die Zerstörung unseres endlichen Naturraums für die Profitinteressen einer kleinen Minderheit. Es ist nötig, überall Widerstand zu leisten und sich zu vernetzen.

Deshalb unterstützen wir den Demonstrationsaufruf von „Ende Gelände“ am 20. Oktober 2018 um 13 Uhr auf dem Europa-Platz. Hier Auszüge aus dem Aufruf:

„In diesem Sommer ist die Klimafrage bei allen angekommen: Absurde Dürren auch in Deutschland, Warnungen vor Kippmomenten und einer Erderwärmung um tödliche 5°C, dann die gewaltvolle Räumung des Hambacher Walds. All das sind bereits Auswirkungen des Klimawandels. Sie lassen uns das Ausmaß dessen erahnen, was in Zukunft auf uns zukommen wird.

Doch wir lehnen es ab, abzuwarten und in Zynismus zu verfallen! Klimawandel ist kein Schicksal – Klimawandel wurde und wird nach wie vor von Menschen gemacht. Paradebeispiel dafür ist die Energiegewinnung aus Braunkohle: Obwohl es sich dabei um die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung handelt, obwohl sich im Rheinland die größte CO₂-Quelle Europas befindet, obwohl ein schneller Braunkohleausstieg sinnvoll, ja sogar rentabel gestaltet werden könnte, zögert der Braunkohleweltmeister Deutschland in diesem Punkt noch

immer. Währenddessen heizt sich unser Planet immer weiter auf und unser Naturerbe wird irreversibel geschädigt. Aber es sind auch Protest und Alternativen, die von Menschen gemacht werden. Sei es der jahrelange, hartnäckige, heldenhafte Protest im Hambacher Forst, sei es die gewachsene Tübinger Initiative: Wo immer sich lokal Menschen zusammensuchen, um Klimawandel und Profitlogik entgegenzutreten,

tun sie das auch in einem Bewusstsein, dass es um globale Probleme geht. Besonders verheerend ist nämlich, dass die Klimakrise vor allem diejenigen trifft, die am wenigsten dazu beigetragen haben. (...)

Es muss jetzt unser gemeinsames Ziel sein, den Druck aus der Gesellschaft zu erhöhen und aufrechtzuerhalten, um den Ausstieg aus der Kohle politisch zu erzwingen. Die Zeit der Zugeständnisse an die Profitinteressen der einzelnen Konzerne muss ein Ende finden! Die richtigen Entscheidungen, die allen Menschen auf unserem Planeten eine gute Zukunft ermöglichen, müssen jetzt getroffen werden! Dafür gehen Menschen bundesweit auf die Straßen, in Wälder, in Kohlegruben. Auch in Tübingen schließen wir uns der Klimabewegung an und demonstrieren gemeinsam am 20.10. für den schnellen Braunkohleausstieg und eine klimagerechte Welt. (...)

Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle. Er ist möglich und nötig! (...) Wir stehen auf für globale Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie. Das ist eine Welt, in der wir leben wollen!“



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

AfD ruft zur Denunziation auf

Parteien und Lehrerverbände kritisieren neuesten „Vogelschiss“

Nach Hamburg sollen jetzt auch SchülerInnen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Lehrkräfte (und Mitschüler?) denunzieren und auf einer Internet-Plattform an den Pranger stellen, wenn diese in ihrem Unterricht angeblich die Vogelschisspartei nicht neutral darstellen, sondern deren rechte Parolen kritisch hinterfragen.

Zuletzt hatte der Geschichtslehrer Bernd Höcke (AfD) das Berliner Erinnerungsdenkmal an die Ermordung von sechs Millionen Juden als „Schandmal“ angegriffen und Alexander Gauland (AfD) bezeichnete die Kriegsverbrechen der Nazis und die Konzentrationslager als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte.

Man braucht für den jetzigen Aufruf zur Denunziation nicht erst 80 Jahre in der deutschen Geschichte zurückgehen. Damals wurden Kinder aufgerufen, die eigenen Eltern zu denunzieren, wenn sie nicht linientreue Nazis waren.

In jüngster Zeit hat Michael Merkle alias Michael Mannheimer in Heilbronn in seiner unsäglichen Hetze gegen Stadtrat Albert Bodenmiller (damals CDU-Mitglied) eine ähnliche Kampagne betrieben.

Unter der Überschrift

„Die Feinde Deutschlands:

Albert Bodenmiller, Linkspartei/ SED-Gemeinderatsvorsitzender, Feind der Meinungsfreiheit“ schrieb Merkle auf seinem Internet-Blog Hass-Artikel und unterstellte Bodenmiller, dass er Frauenunterdrückung und Steinigungen billige.

Auf Merkles Homepage befand sich das "Netzwerk Demokratischer Widerstand". Dort rufen die anonymen Betreiber dazu auf, diejenigen zu bestrafen, die den Islam als friedliche Religion akzeptieren. Unter den Bedrohten

sind bekannte Wissenschaftler, Journalisten und Politiker wie Joschka Fischer, Sigmar Gabriel und Ruprecht Polenz. Der Name der Aktion: "Nürnberg 2.0", in Anspielung auf die Nürnberger Prozesse, in denen die Spitzen des Nationalsozialismus zu langen Gefängnisstrafen

oder zum Tode verurteilt wurden. Michael Mannheimer: "Die Verräter müssen tatsächlich vor ein Gericht geführt werden, wie in Nürnberg damals. Präventiv!" Die Todesstrafe fordere er nicht, "aber härtestmögliche Strafen".

Der aktuelle Aufruf der AfD ist nichts anderes als die Vorstufe dieser perversen Denunziation mit Gewaltandrohung unter dem perfiden Deckmantel der „Neutralitätspflicht“ an Schulen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Galgenfeld

Man muss Boris Palmer nicht mögen, aber wo er recht hat, hat er recht. Wer den geplanten Flächenverbrauch von Tübingen und Rottenburg in Sachen Gewerbenüchtern vergleicht (Tübingen künftig etwa 7 ha, Rottenburg über 25 ha), der kann sich über den erträumten Flächenfraß in der Domstadt nur wundern. Naturschutz und Verantwortung für die Bürger und Umwelt sehen wirklich anders aus - alles andere sind rhetorische Worthülsen, Nebelkerzen und Münchausiaden.

Rektor Bastian Kaiser, 10.10.18

Lieber Herr Professor Kaiser, ich schätze Ihre Arbeit an der Rottenburger Forsthochschule sehr. Nur Ihr Herumeiern in Sachen Umwelt und Naturschutz, das gefällt mir nicht. Wie hätten Sie es denn nun gern, ein bisschen versiegeln, ein paar Büroräume im Grünen, etwas mehr, etwas weniger? Oder im Sinne des schwäbischen Metzgers: "Derfs a bissle meeh sei?" Schlimm genug, dass die SPD in Rottenburg nicht mehr gut schlafen kann, weil sie (verständlich) von Alpträumen verfolgt wird. Solches habe ich bei Ihnen zunächst nicht erwartet. Stimmen Sie doch einfach mit JA. Das ist auf jedenfall hilfreich für ökologisch begründete Nachhaltigkeit und eine intakte Zukunft in Rottenburg.

**Leserbriefe von Dr. Christian Hörburger
Ober nau, Gemeinderat
Die Linke**

**Stimmen Sie deshalb am
21. Oktober
beim Bürgerentscheid
mit**



Weniger Pendler durch mehr Gewerbe?

Mehr Arbeitsplätze für Frauen auf dem Galgenfeld?

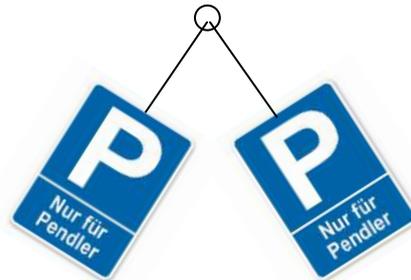
Von den Bewürwortern des geplanten Gewerbegebietes Galgenfeld gibt es immer wieder das Argument, es würden Frauenarbeitsplätze, gerade auch für Alleinerziehende und Mütter mit Kindern geschaffen. So eines der Argumente der SPD, wie auch in Leserbriefen einer CDU-Ortschaftsrätin aus Oberndorf. Die Mütter hätten dann kurze Wege und mehr Zeit für ihre Kinder. Welche Frau wünscht sich das nicht!

Das überschaubare Gewerbegebiet in Oberndorf mit seinen kleinen Familienbetrieben mit dem Galgenfeld zu vergleichen, kann so nicht greifen, denn völlig ungeklärt ist, wer sich in diesem geplanten Gebiet ansiedeln soll und möchte. In letzter Zeit ist sowieso nur noch von Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Gewerbetreibenden die Rede. Und hier sollen großartige Frauendarbeitsplätze entstehen?

Zur Erinnerung: vor ca. 15 Jahren hat man mit den Stimmen von Gemeinderäten, (die heute noch im Amt sind), das Rottenburger Krankenhaus geschlossen. Etwa 90 Arbeitsplätze, davon zum großen Teil für Frauen: Krankenschwestern, Servicepersonal, Labormitarbeiterinnen u.s.w. „durften“ ins Tübinger Klinikum wechseln und

von da an pendeln. Kein Hahn hat danach gekräht.

Viele Frauen in Rottenburg arbeiten im Sozialen und Dienstleistungsbereich, in Pflegeheimen, ambulanten Diensten, in Kitas und Beratungsstellen, in den



Schulen und in den Verwaltungen sowohl der Kommune als auch im Bischöflichen Ordinariat. Aber längst nicht alle wohnen in Rottenburg. Auch wer aus den Teilorten in der Kernstadt arbeitet, muss letztlich pendeln. Durch die Schließung der Schule für Sozialpädagogik auf der Liebfrauenhöhe pendeln Auszubildende z.B. nach Herrenberg oder Tübingen.

Beate Schulz von der Firma Auren hat auf der Podiumsdiskussion in der Festhalle zugeben müssen, dass die Firma auch Arbeitskräfte von außerhalb an-

zieht und das wird in jeder Firma, ob sie expandiert oder nicht, der Fall sein. Das Pendeln wird sich nie verhindern lassen (auch wenn es natürlich wünschenswert wäre, wenn viele Frauen und natürlich auch Männer wohnortnahe Arbeitsplätze finden.)

Die Argumente der Befürworter des geplanten Gewerbegebietes wollen damit den Menschen Sand in die Augen streuen, falsche Hoffnungen wecken und dafür eine Landschaft, die sich seit Jahrhunderten entwickelt hat, zerstören.

Die Stadt Rottenburg preist auf ihrer Homepage unter dem Titel „Rammert - Sehen und erleben“ an: „Zum Neckartal bei Rottenburg hin ist der Abfall des Rammert als eindrucksvolle etwa 80 Meter hohe Stufe ausgebildet. Dieser reizvolle Durchbruch des Oberen Neckartals im Westen der Stadt Rottenburg beim "Preußischen" am Freibad wird die Schwäbische Pforte genannt. Hier beginnt die weite Flussaue des Neckar, wie sie sich im Bereich der Innenstadt Rottenburg und bei Kiebingen in Richtung Tübingen als offene Wiesen- und Kulturlandschaft zeigt.“ Wie lange noch?

Monika Peter, Rottenburg

NATO-Manöver „Trident Junction“

Das Manöver „Trident Junction“ als Säbelrasseln zu bezeichnen ist beschönigend. Es soll Abschreckung und Drohung sein. Wenn 29 NATO- und Partnerstaaten das wohl größte Manöver nach der Beendigung des Kalten Krieges veranstalten, ist das mehr als nur Säbelrasseln. Die Tageszeitung „junge Welt“ titelte: **Endlich wieder Ostfront.**

Vom 25. Oktober bis 7. November findet die Hauptübung statt. Es üben über 44.000 Soldaten mit 120 Flugzeugen, bis zu 10.000 Fahrzeugen und 70 Schiffen. Die Bundeswehr schickt 8.500 Soldaten, 100 Panzer (insgesamt mehr als 2.000 Fahrzeuge). Die Kosten werden vom Verteidigungsministerium mit 90



Mio. Euro angegeben. Die starke deutsche Beteiligung ist darin begründet, dass ab 2019 Deutschland die Führung der schnellen Eingreiftruppe der NATO übernehmen soll. Auch 1.000 Gebirgsjäger werden am Manöver teilnehmen: Sie sollen die feindlichen Streitkräfte darstellen. Die Bundeswehr spielt Freund und Feind zugleich.

Mit Norwegen findet die Übung in einem der fünf an Russland angrenzenden NATO-Staaten statt. Es soll der Bündnisfall geübt werden, bei dem ein NATO-Staat (Norwegen) angegriffen

wird und die anderen zum Beistand verpflichtet sind. Vor allem die baltischen NATO-Partner (Litauen, Lettland und Estland) und Polen fühlen sich von Russland bedroht. Sie fordern mehr Aufrüstung und mehr Abschreckung. Ob dieses Drohen und Gegendrohen zu mehr Sicherheit führt, wird nur uneingeschränkt von den Militärs bejaht. Aber seien wir beruhigt:

IS NATO PREPARING FOR WAR?

No. NATO is a defensive alliance, whose purpose is to protect our member states. The Alliance poses no threat to any country and we do not see an immediate military threat against any NATO ally. (Offizielle Homepage für das Manöver) (Ke)

Unterrichtsausfall: „Verheerende Situation“

Kultusministerin versagt – Elternverbände klagen

Michael Mattig-Gerlach und Georg Appel, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Elternvertreter an Gymnasien im Regierungsbezirk Stuttgart (ARGE) reicht es. Sie ziehen gegen die Landesregierung vor Gericht, um die Chancengleichheit der SchülerInnen durchzusetzen und Bildungsministerin Susanne Eisenmann (CDU) endlich zu Gesprächen und zum Handeln zu zwingen. Denn jede achte Stunde an Gymnasien findet nicht wie geplant statt.

Seit Monaten vertröstet Eisenmann die Eltern mit Stichproben über Unterrichtsausfall und mit „Maßnahmenpaketen“ dagegen – und verweigert gleichzeitig Gespräche mit der ARGE. Im Regierungsbezirk Tübingen fehlen 61 Lehrkräfte an Grundschulen, 16 an Haupt- und Werkrealschulen und 7 an Gymnasien.

Im ganzen Ländle sind 750 Lehrerstellen nicht besetzt, hinzu kommen 156 Schulleiter, davon 112 an Grundschulen - Folge einer jahrelangen Beschönigung des Lehrermangels und Verschleppung in der Lehrerausbildung. Denn seit Jahren fordert die GEW zusätzliche Planstellen für Vertretungskräfte.

Die ständige Lehrerreserve sieht 1.666 Stellen vor, aber pro Schuljahr fallen

6.000 bis 7.000 Lehrkräfte längere Zeit aus. Der 2011 beschlossene Ausbauplan für Vertretungskräfte wurde nach zwei Jahren wieder aufgehoben, obwohl Schülerzahlen und Unterrichtsausfall anstiegen. Der Unterrichtsausfall war also voraussehbar und selbst



verschuldet. Folge ist, dass Eltern ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen anmelden und dafür zahlen. **Diese grün-schwarze Bildungspolitik beseitigt also gezielt die Chancengleichheit und spaltet die Kinder, weil ihre Chancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen.**

Von den hohen Steuermehreinnahmen des Landes werden eine Milliarde zum „Schuldenabbau“ eingesetzt. Gleichzeitig werden für die Zukunft neue Schulden aufgebaut, indem zu wenig in den Unterricht und in den notwendigen Ausbau von Kitas und Schulen investiert wird. Im August veröffentlichte die bundeseigene Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) ihre neueste Studie und mahnte: „**Schlechte Bildung heute heißt höhere Sozialausgaben morgen.**“

Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren hat in den vergangenen Jahren um

450.000 Kinder zugenommen. Außerdem gibt es neben der jahrelangen Versäumnisse bei der Instandhaltung von Schulen noch den notwendigen Ausbau von Ganztagschulen.

Damit ist der Investitionsstau so groß wie nie und auf 48 Milliarden Euro angewachsen. Sie werden von CDU, SPD und Grünen der nächsten Generation aufgebürdet, damit die Goldreserven der Superreichen vor einer Vermögenssteuer weiterhin geschont werden können.

Diese Bildungspolitik ist eine Armuts-erklärung dieser Regierungsparteien gegenüber Eltern, Kindern und Lehrkräften! **DIE LINKE** unterstützt alle Forderungen von GEW und Elternverbänden für eine sofortige Erhöhung der Ausbildungszahlen und der Vertretungskräfte.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Rottenburger Umwelt-Rätsel

Auflösung

1. Zentralgestirn - SONNE
2. Dorf am Neckar - KIEBINGEN
3. Naherholungsgebiet - RAMMERT
4. Bürgermeister - NEHER
5. Gefährdeter Singvogel - LERCHE
6. Blaue Blume - WEGWARTE
7. Berühmter Journalist - ALT
8. Einpendelnder Bürgermeister - BEDNARZ
9. Lebensgrundlage - WASSER
10. Begleiter der Erde - MOND
11. Steuereinnahmen sind nicht ... - ALLES
12. Urbs pia, wirklich? - ROTTENBURG
13. Heimatdichter - BLAU
14. Folge der Versiegelung - UMWELTZERSTÖRUNG
15. Eine große Hoffnung - BÜRGERENTSCHEID
16. Zerplatzter Traum - LANDESGARTENSCHAU
17. Flößergemeinde - BIERINGEN
18. Großer Irrtum, große Gefahr - WACHSTUM
19. Anfang allen Seins - SCHÖPFUNG
20. Gefährdete Äcker in Kiebingen - GALGENFELD
21. Wie viele Gemeineräte gibt es? - ZWEIUNDREISSIG
22. Ganz viele Rottenburger stimmen am 21. Oktober mit



Das Lösungswort: NATURSCHUTZ

Gewerbegebiet Ähneshalde bereits beschlossen?

Mysteriöser Plan B

Wie weit will OB Neher sein politisches Abenteuer mit der Gewerbe-strategie noch treiben? Das fragen sich inzwischen immer mehr Rottenbürger-Innen.

Zuerst mussten von der berüchtigten Imakomm-Studie drei Fassungen angefertigt werden, die sich teilweise widersprechen. Alle Aussagen zu den Pendlern sind haltlos, die Versprechungen über Gewerbesteuern und Arbeitsplätze sind Wunschträume.

Da dies nicht überzeugt hat, legte der OB bei der Podiumsdiskussion in der Festhalle nach und behauptete, der

Gemeinderat hätte längst die Ähneshalde als Plan B BESCHLOSSEN. Dem widersprechen Volkmar Raidt und die Linken-Stadträte Christian Hörburger und Emanuel Peter vehement (siehe Presseerklärung, die Sie auf Seite 2 lesen können).

Zusammen mit seinem willigen Gefolge aus CDU- und SPD-Gemeinderäten irrlüchert OB Neher jetzt mit seiner unhaltbaren Behauptung, der Gemeinderat habe die gesamte Imakomm-Studie beschlossen:

- Welche der drei Fassungen, Herr Neher?
- Wo ist dieser Beschluss?

- Warum ließen Sie im Gemeinderat nur sieben konkrete Punkte abstimmen und nicht gleich die 155 Seiten der Imakomm-Studie?

Nehers Behauptung, er könne ein Gewerbegebiet Ähneshalde gleich nach dem Bürgerentscheid beim Regionalverband einreichen, ist nichts anderes als seine arrogante Entmachtung des Gemeinderats. Dagegen wird es großen Widerstand geben!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Fundstück: Bürgermeister betrügen, wenn ...

Fundort: Das Betrugs-Lexikon von Georg Paul Hoenn, Coburg 1761, S. 99f.

Finder: Dr. Christian Hörburger, Gemeinderat, Obernau

Bestimmte Ereignisse schärfen den Blick und es fallen einem Dinge auf, die man vorher nicht so gesehen hat. Die Neugier ist geweckt. Ich nehme an, dass es *Dr. Christian Hörburger* ebenso ergangen ist, als er - suchend oder zufällig - auf das Betrugslexikon stieß.

Dankenswerterweise leitete er der Redaktion seinen Fund weiter.- Durch die Weitergabe wollen wir keineswegs zur Relativierung aktueller Ereignisse beitragen i. S. von „Es war schon immer so!“ , sondern eher die Frage stellen: Wie gehen wir heute damit um? (Ke)

Bürgermeister betrügen:

1. Wenn sie bey der Wahl zum Bürgermeister-Amt die meisten Stimmen mit Geld erkauffen, oder durch andere verbotene Wege dazu gelangen, ohne daß sie dadurch geschickt und tüchtig sind.
2. Wenn sie nicht sowol auf der Stadt Bestes, als auf ihren eigenen Nutzen sehen, und sich also von den bürgerlichen Einkünften bereichern
3. Wenn sie gewisse Sachen vor sich allein und ohne Vorwissen der übrigen Ratsglieder, oder zu der Zeit, da nur solche aus dem Kollegium gegenwärtig, die der Sache nicht zuwider, entscheiden, und dabei entweder ihr eigenes Interesse suchen, oder aber denjenigen, den die Sache angeht, etwas zu Gefallen thun wollen.
4. Wenn sie, was auf dem Rathause vorgegangen, und dem Grunde nach verschwiegen gehalten werden sollte, Dritten zur Vorsicht oder guten Freunden zu Lieb, heimlich offenbaren.
5. Wenn sie ihre Nebeneinnahmen unvermerkter Weise vermehren.
6. Wenn sie unter dem Schein des Rechtens das Ansehen der Person achten, Geschenke nehmen und die Klag-Angelegenheit der Reichen bald vornehmen und zu Ende bringen, den Armen und Geringen aber das Recht verzögern.
7. Wenn sie offenbare im Schwang gehende Aergernisse und Unordnungen nicht zu allen Zeiten gebührend strafen, sondern dazu stille schweigen, wenn die ihrigen oder ihre Anverwandten mit interessiret sind, und diesen durch die Finger sehen.
8. Wenn sie der hohen Obrigkeit gewissenlose Vorschläge thun, wie die Stadt um ihre Privilegien, Statuten, altes Herkommen, und Gerechtigkeiten bringen können, um sich dadurch bey der Landes-Herrschaft desto mehr einzuschmeicheln.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Rettet Galgi!!!

RWE und NWB

Zwar berichteten die regionalen Medien über den Kampf um das Galgenfeld - den Felder zwischen Rottenburg und Kiebingen -, die in eine Gewerbebrache umgewandelt werden sollen, aber in den überregionalen Medien fand das Vorhaben wenig Widerhall. Was haben die Aktiven des dortigen Aktionsbündnisses versäumt?

In den letzten Wochen haben die Vorkommnisse um den Hambacher Forst die Gemüter bundesweit und darüber hinaus heftigst erregt, was natürlich auch der Berichterstattung zuschreiben war. Ein Stückchen Wald, sollte abgeholzt werden, um dann den kahlen Boden den riesigen Baggerschaufeln zum Fraß vorgeworfen zu werden. Klimazerstörende Braunkohle soll gefördert werden, um einen weiteren Beitrag des Menschen zur Klimazerstörung zu leisten.

Natürlich ist die Bindung an Felder, auch wenn dort wertvolles Grünzeug kontrolliert biologisch angebaut wird, weit weniger emotional aufgeladen als die tiefgründige Liebe zum teutschen Wald. Kiefernadelduftende Reinluft, Spuren von den Boden durchwühlenden wilden Säuen, Ahnung vom äsen-den Rehlein im düsteren Tann und das

lustvolle Röhren des brünftigen Hirsches sind eben Erfahrungen, die zu förderst im Forst zu machen sind und nicht auf dem Acker.

Das Galgenfeld kann mit mit solchen Erlebnissen wenig konkurrieren: leicht summt mal was, huscht ein

Mäuslein durchs Angebaute - aber sonst ist da nicht viel los, was Emotionen wecken könnte.

Um so wichtiger wäre es gewesen, Gefühle für das Galgenfeld zu wecken, den Mitbürgern klar zu machen, welch Liebgewonnenes hier einem erträumten Steueraufkommen geopfert werden soll. Galgengeld für Galgenfeld. Pfui! Man hätte auch immer nicht vom Galgenfeld (noch schlimmer vom Herdweg) sprechen dürfen. Der Hambacher Forst wurde ja auch zum „Hambi“. Warum das Galgenfeld nicht zum „Galgi“ machen? Niedlich und einfach liebenswert!

Es wäre auch wichtig gewesen, einen böartigen Feind eindeutig zu benennen. Was für den Hambacher Forst RWE (Rheinisch-Westfälisches Energiewerk) ist, hätte für das Galgenfeld

NWB sein können: Neher-Weigel-Bednarz. Statt umständlich von der Verwaltungsspitze der Stadt Rottenburg am Neckar zu sprechen, hätte NWB genügt und jedem wären sofort die Gesichter der bösewichtigen Verantwortlichen vor Augen gestanden und klar geworden, dass jeder beim Bürgerbegehren nur mit JA stimmen kann und muss.

Der Widerstand hätte auch sichtbarer gestaltet werden können. Statt in Baumhäusern zu hausen, hätte sich Aktivistinnen in Erdlöcher vergraben können mit Fahnen zu besserer Sichtbarmachung. Höhlen als Symbol für die letzte Chance nach der Klimakatastrophe zu überleben. Man stelle sich vor, der Oberbürgermeister, wie bekannt ein begeisterter Baggerfahrer, wäre auf Galgenfeld gerollt und hätte die Widerständler aus ihren Löchern gebaggert. Diese Aktion hätte es weit in die Medien gebracht und Emotionen geweckt: Ja so sind sie, die Gewerbegebietsansiedler und Ackerbodenvernichter - geldgierig und menschenverachtend.

Was bleibt? - Global denken - lokal handeln und Kreuz beim JA machen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 20. Oktober 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 24. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 1. Dezember 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 5. Dezember 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.n.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe: **Freitag, 23. November 2018**

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

